

### Zuordnung chinesischer Unternehmen in Hongkong zu verschiedenen Regierungsebenen (Stand Ende 1993)

	Anzahl	Überwachende Regierungseinheit
Staatl. kontrolliert	50	Staatsrat u. Ministerien
Kontrolliert durch Provinz	72	Provinzen u. Städte
Kontrolliert durch Lokalregierung	530	Stadtregierung und darunter
Bevollmächtigter für „Fenster“ 1)	13.300	Versch. Lokalregierungen
Vom Militär unterstützt	18	Verschiedene Militärebenen

1) Fenster bezieht sich auf Vertreter von i.d.R. Lokalbehörden, die im Wettbewerb um Hongkonger Investitionsmittel in Hongkong Büros unterhalten.

Quelle: Ni (1994), S. 5, nach Sun, a.a.O.

### Wichtige „Prinzen“-Unternehmen in Hongkong

Unternehmen	Leiter	Familienbeziehung
CITIC (Hongkong)	Larry Yung	Sohn von Rong Yiren
Continental Mariner (China Poly Group)	Wang Jun	Sohn von Wang Zhen
First Shanghai	He Ping	Schwiegersohn v. Deng
Guangdong Investment	Chen Weili	Tochter v. Chen Yun
Laws Property	Ye Weiping	Sohn v. Ye Xuanping
Kader Investment	Song Kefong	Sohn v. Song Renqun
CNNC	Deng Zifang	Sohn von Deng
	Wu Jiangchang	Schwiegersohn v. Deng

Quelle: Ni (1994), S. 8, nach Sung, a.a.O. Anmerkung: Rong Yiren, Wang Zhen = stellvertretende MP; Ye Yuangping, stellvertretender Präsident der Pol. Konsultativkonferenz

portugiesische Enklave wird nach der Vereinbarung zwischen Lissabon und Beijing Ende 1999 an die VR China zurückgegeben. Die chinesisch-portugiesische Gemeinsame Liaisongruppe hatte im vorigen Monat der Erneuerung des Vertrages schon zugestimmt. Das Glücksspiel ist eine der wichtigsten Einnahmequellen Macaus. Nach eigenen Angaben hat die Firma aus dem Spielkasinomonomopol 1996 einen Nettoprofit in Höhe von 4,63 Mrd. Patacas (umgerechnet 578,9 Mio. US\$) erwirtschaftet, d.h. 7% mehr als vor einem Jahr. (AWSJ, 11./12.7.97)

Gemäß dem neuen Vertrag wird der Abgabeparaf der Lizenz für STDM rückwirkend ab Januar 1996 von 30% auf 31,8% erhöht. Darüber hinaus wird die Firma verpflichtet, mit 50 Mio. Patacas (6,33 Mio. US\$) einen Fond für Arbeitslose zu errichten und 400 Mio. Patacas (50,63 Mio. US\$) für den Bau eines Macau-Kulturzentrums zu spenden. Weitere 180 Mio. Patacas (22,78 Mio. US\$) werden verwendet für die Gründung einer neuen Stiftung „Macao Development and Cooperation Foundation“, um die umstrittene Orient Foundation in Lissabon zu ersetzen.

Die STDM hat seit 1962 das Spielkasinomonomopol in Macau. Ihr Generaldirektor Stanley Ho sagte, er sei sehr glücklich, daß der Monopolvertrag jetzt über den Zeitpunkt der Übergabe der Enklave an China hinaus verlängert werden konnte. (XNA, 24.7.97; SCMP und FT, 24.7.97) -ni-

### 33 Keine Stationierung chinesischer Truppen in Macau nach der Übergabe der portugiesischen Enklave 1999?

Der Gouverneur von Macau, Rocha Vieira, hat am 17. Juli nach einem Gespräch mit dem portugiesischen Präsidenten Jorge Sampaio in Lissabon geäußert, daß die sino-portugiesische Gemeinsame Erklärung von 1987 eine Stationierung chinesischer Truppen nach der Rückgabe Macaus 1999 an die VR China nicht vorsehe. Da es jetzt keine portugiesische Truppe in Macau gebe, sehe er sich veranlaßt zu glauben, daß die Stationierung chinesischer Truppen dort nach 1999 ebenfalls unnötig sei. Gleichzeitig machte er aber die Einschränkung, daß Beijing bei der Entscheidung über die Verteidigung und die Außenpolitik Macaus in Zukunft das letzte Wort habe. (IHT, 18.7.97)

Sorgen macht aber die Verschlechterung der sozialen Sicherheit in Macau. Die Gängerkämpfe zwischen 14K und Wo On Lok (Shui Fong) halten weiterhin an. Im Berichtsmonat gab es wieder mehrere Schießereien, wobei zwei Polizisten und drei Hotelgarden verletzt wurden. In diesem Jahr sind bereits mindestens 16 Personen getötet worden. Daher mahnte die chinesische Seite die Regierung Macau erneut, die Kriminalität effektiver zu bekämpfen. (XNA und FT, 31.7.97; HB, 17.7.97; SCMP, 27.7.97 und IHT, 13.7.97) -ni-

## Taiwan

### 34 Verfassungsänderungen verabschiedet

Nach monatelangen innenpolitischen Turbulenzen hat die Nationalversammlung am 18. Juli die „Zusätzlichen Verfassungsartikel“ nochmals grundlegend verändert. Gemäß den neuen Vorschriften braucht der Staatspräsident bei der Ernennung des Ministerpräsidenten (Präsident des Exekutiv Yuan) nicht mehr die Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan (Parlament). Als Kompensation dafür erhielt dieser ein Recht auf ein Mißtrauensvotum. Nach dem Beschluß eines Mißtrauensvotums mit der Zustimmung der Hälfte aller Mitglieder des Hauses soll der Ministerpräsident innerhalb von zehn Tagen seinen Rücktritt einreichen. Gleichzeitig darf dieser beim Staatspräsidenten beantragen, den Gesetzgebungs Yuan aufzulösen. Falls der Gesetzgebungs Yuan mit dem Mißtrauensvotum gescheitert ist, darf er innerhalb eines Jahres dem selben Ministerpräsidenten nicht wieder das Mißtrauen aussprechen (Art.3). Innerhalb von zehn Tagen nach der Verabschiedung des Mißtrauensvotums im Gesetzgebungs Yuan

gegen den Ministerpräsidenten darf der Staatspräsident nach einer Konsultation mit dem Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan das Haus auflösen, dann sollen innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösung neue Wahlen von Mitgliedern des Hauses stattfinden. Während der Zeit des Notstandes oder einer Dringlichkeitssituation darf der Staatspräsident den Gesetzgebungs Yuan nicht auflösen (Art.2). Mit einer Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder kann der Gesetzgebungs Yuan gegen den Staatspräsidenten und Vizepräsidenten wegen Hoch- oder Landesverrats Impeachment (öffentliche Anklage) bei der Nationalversammlung einreichen. Ferner kann der Gesetzgebungs Yuan bei Gesetzgebung das Veto vom Exekutiv Yuan (Kabinet) innerhalb von 15 Tagen mit einer Mehrheit von über der Hälfte aller Mitglieder des Hauses statt wie bisher einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder überstimmen. Bei Überschreitung der Frist oder Unterliegend der vorgesehenen Mehrheit verliert der ursprüngliche Beschluß Kraft (Art.3).

Ursprünglich hatten sich die Regierungs- und die größte Oppositionspartei, KMT (Kuomintang) und DPP (Democratic Progressive Party) noch darüber geeinigt, die dem Kontroll Yuan zustehenden Rechte wie Rechnungsprüfung und Einsatz von Untersuchungsausschüssen an den Gesetzgebungs Yuan zu verleihen. Doch kam der Antrag bei der Abstimmung nicht durch. Abgelehnt wurde auch der Entwurf zur Verlängerung der Legislativperiode des Gesetzgebungs Yuan von drei auf vier Jahre. Ferner wird die Immunität der Mitglieder des Hauses auf die Sitzungszeit beschränkt (Art. 4).

Neben der Verstärkung der Präsidialmacht gibt es noch eine grundlegende Veränderung der Struktur und Funktion der Provinzregierung. Nach Ablauf der laufenden Amtsperiode am 20. Dezember 1998 werden der Provinzgouverneur wie die Abgeordneten des Provinzparlaments statt durch Wahlen vom Staatspräsidenten ernannt (Art.9). Die Provinzregierung soll nach der Vereinbarung zwischen KMT und DPP in Zukunft nur noch eine Konsultationsfunktion haben. Dies wurde als „Kaltstellung“ der Provinz (*dongsheng*) bezeichnet. Weitere wichtige Veränderungen sind noch die Unabhängigkeit des Haushaltsentwurfs vom Justiz Yuan - d.h. Abschließung von Abkürzung durch den

Exekutiv Yuan (Art.5) und die Abschaffung der Festquote von 15% der Gesamtausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Art.10).

Bei der dritten Lesung der Verfassungsänderungen am 18. Juli waren 269 Deputierte anwesend und 261 haben das Veränderungspaket per Handheben unterstützt. Die kleine Oppositionspartei NP (New Party), die die Wiedervereinigung Chinas befürwortet, hat aufgrund der Ablehnung der „Kaltstellung der Provinz“ die Abstimmung boykottiert (vgl. Taiwan-Thema in diesem Heft). -ni-

### 35 Wird Beijing die Taiwanfrage vor dem Jahr 2010 nicht lösen?

Die taiwanesisch-chinesischsprachige Tageszeitung *Lianhebao* (United Daily News) hat gemeldet, daß das kommunistische Regime in Beijing es jetzt nicht eilig habe, die Taiwanfrage zu lösen. Zu einer Äußerung von Chen Mingming, dem Sektionsleiter für die Angelegenheiten der USA in der Abteilung für Nordamerika und die pazifische Region im Beijinger Außenministerium, bei seinem Aufenthalt in San Francisco, daß es keinen Zeitplan für die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße gebe, meinte ein Beijinger Beamter für die Angelegenheiten Taiwans, die chinesische kommunistische Führung habe zumindest zur Zeit nicht vor, die Taiwanfrage vor dem Jahr 2010 zu lösen. Sie wolle der nächsten Generation die Erledigung dieser Frage überlassen, so heißt es im Bericht.

Er wies auf Ministerpräsident Li Pengs Bericht über die Perspektive der Entwicklung Chinas bis zum Jahr 2010 vor dem Nationalen Volkskongreß in Beijing im März d.J. hin, in dem Austausch und Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und Kultur und praktische Schritte für die „drei direkten Verbindungen“ (Handel, Post und Verkehr) zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße gefordert seien. Ferner werde Beijing die Interessen der taiwanesischen Investoren auf dem chinesischen Festland schützen und bemühe sich um eine friedliche Vereinigung mit Taiwan.

Nach seiner Analyse stellt die chinesische Führung in absehbarer Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung in den Vordergrund mit der Zielsetzung, China in den 30er Jahren des nächsten Jahrhunderts zu einem

Staat auf mittlerem Entwicklungsniveau aufzubauen. Solange Taiwan die Unabhängigkeit nicht erkläre, werde sich Beijing in Geduld fassen. Aber die jetzige Führung bleibe höchstens noch zehn Jahre an der Macht. Ob die in der Kulturrevolution aufgewachsene nächste Generation einen radikalen Kurs zur Lösung der Taiwanfrage unternehmen werde, sei unsicher. (LHB, 27.7.97)

Im Widerspruch zu dem genannten Bericht drängten Beijings führende Politiker wie Präsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng nach der Rücknahme der britischen Kolonie Hongkong, Taiwan nach dem gleichen Prinzip von „einem Staat, zwei Systeme“ über die Wiedervereinigung beider Seiten zu verhandeln. Die Regierung Taipei lehnte das Angebot kategorisch ab. (Siehe dazu C.a., 1997/6, Ü 24) Denn sie will Beijings Standpunkt nicht hinnehmen, Taiwan als eine Provinz der VR China zu betrachten.

Um die Republik China in Taiwan als einen souveränen Staat zu demonstrieren, hat Taipei am 18. Juli durch Verfassungsreform die Provinz Taiwan „eingefroren“. (Siehe dazu das Taiwan-Thema und die andere entsprechende Übersicht in diesem Heft.) Auf der anderen Seite hat die Marine der chinesischen VBL vom 10. bis 20. Juli die größte Kriegssübung seit 30 Jahren in der Taiwan-Straße unternommen. (LHB, 22.7.97) -ni-

### 36 Streit um neue Lehrbücher „Lerne Taiwan kennen“

Eine Reihe von Lehrbüchern der Sozialkunde für die ersten Klassen der Mittelschulen *Lerne Taiwan kennen* aus drei Bänden „Geschichte“, „Gesellschaft“ und „Geographie“ hat einen neuen heftigen ideologischen Streit zwischen zwei Oppositionsparteien, der NP (New Party) und der DPP, entfesselt. Die NP, die an der Wiedervereinigung Chinas festhält, kritisierte die Lehrbücher, daß sie den 12jährigen Schulkindern Gedanken für die Unabhängigkeit Taiwans von China beibrachten. Die Geschichte der japanischen kolonialen Herrschaft in Taiwan würde verharmlost. Chinesische Kultur käme zu kurz. Es gebe ferner zu viel Lobhudelei auf den jetzigen Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui), und der Ruhm seiner Vorgänger Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) und Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) sei herabgesetzt. Hinge-

gen verteidigte die DPP, die einen Kurs für die Unabhängigkeit Taiwans verfolgt, die Lehrbücher. Sie warf den Kritikern chinesischen Chauvinismus vor und beklagte, daß die Regierung früher die Geschichte Taiwans nicht genug und tendenziös behandelt habe.

Am 20. Juli machten Vertreter der zwei Parteien eine Fernsehdebatte. Beide Seiten hielten es zwar für erforderlich, daß in den Schulen mehr Heimatkundeunterricht gegeben wird, doch über den Inhalt der Lehrbücher können sie sich nicht einigen. Bei der Zusammenfassung der Debatte sagte Diskussionsleiter Chen Qinan (Chen Ch'i-nan), ehemaliger Vorsitzender des Komitees für Kulturaufbau der Regierung, es sei eigentlich nicht schwer, Taiwan kennenzulernen, aber das Kennenlernen der beiden Seiten habe sich als schwierig erwiesen. (XXW, 27.7.-2.8.97; S.74 ff.; LBH, ZYRB und CP, 21.7.97)

Die Vorsitzende des National Compilation and Translation Bureau, Herausgeber der Lehrbücher *Lerne Taiwan kennen*, Zhao Liyun (Chao Li-yün), erklärte zu der Kontroverse,

die Mitglieder der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sollten versuchen, die Bücher aus der Sicht von Lehrern und Schülern zu betrachten. Anderenfalls gerate das Abfassen von Lehrbüchern in einen endlosen ideologischen Streit. Die Gesellschaft solle Lehrbücher aus einer ganzheitlichen Perspektive heraus zu verstehen suchen, anstatt einzelne Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen, wodurch nur Probleme hervorgebracht würden. Als Beispiel führte sie an, daß sich die in der Reihe *Lerne Taiwan kennen* abgedruckten Fächer Gesellschaft, Geschichte und Geographie zwar alle nur auf Taiwan bezogen; in der zweiten und dritten Klasse der Mittelschule würde aber ausschließlich Geschichte, Geographie und Sozialkunde von Gesamtchina unterrichtet. Die Bücher *Lerne Taiwan kennen* sind bereits im Druck und werden noch rechtzeitig zum Schulbeginn im September an alle Mittelschulen verteilt. Bildungsminister Wu Jing (Wu Ching) zufolge sollen sie für ein Schuljahr zur Probe benutzt werden. Verbesserungen seien danach immer noch möglich. (*Zhongguo Shibao*, Taipei - zitiert nach *Taiwan Aktuell*, München, 31.7.97)

Liberalisiert ist auch der Druck und die Verbreitung chinesischer Landkarten. Bislang hält die Regierung in Taipei, die 1949 infolge der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan umzog, offiziell immer noch an der alten Version administrativer Gliederung von 35 Provinzen einschließlich der Äußeren Mongolei fest. Nachdem kürzlich der Druck von Landkarten nach der Version der VR China mit 31 Provinzen durch private Verlage erlaubt wurde, soll die Regierung beim Druck neuer offizieller Landkarten der Republik China neben der eigenen Version auch die Gebietseinteilung der VR China (35 Provinzen ohne die Äußere Mongolei) - illustriert durch einen helleren Farbton - erlaubt haben. Auch die Importe von Landkarten und Globussen, die von der offiziellen Version Taiwans abweichen, werden in Zukunft nicht mehr streng kontrolliert. Eine Genehmigung des Innenministeriums ist nicht mehr erforderlich, falls sie nicht zur Verbreitung bestimmt sind. (LHB, 20.7.97) -ni-

**Chinesisch-Deutsch-Wörterbuchprogramm** für Windows. Modularer Aufbau mit vielen WB-Datenbanken und realen Sprachausgabe.

Chinesisch-Deutsch (40000 Einträge) DM 240.-  
Deutsch-Chinesisch (Wirtschaft u.  
Wirtschaftsrecht 60000 Einträge) DM 500.-

Online Hilfe "**Chinese Assistant**" bietet Ihnen umfangreiche Hilfe beim Lesen von chinesischen Texten und erweitert Ihr Wissen über China. DM 200.-

**Ing.Büro Fax: 089-7439041 Infos bitte anfordern!**  
**Homepage: <http://members.aol.com/vcware>**